

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand SPD Sachsen / AK Klimaschutz und Energiewende

Titel: Klimaschutz für Alle

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 Allen, die sich mit offenen Augen durch Sachsen bewegen, werden die Folgen des
2 Klimawandels in den letzten Jahren immer deutlicher vor Augen geführt:
3 **Waldbrände, Hitzewellen, Hochwasser, aber auch periodischer Wassermangel sowie**
4 **Baumsterben und Artensterben sind seine bereits heute sicht- und erlebbaren**
5 **Folgen.** Wir sehen mittlerweile auch vor Ort: die Belastungsgrenzen der Erde sind
6 bald erreicht.

7 Dennoch hat es stärkerer Klimaschutz in Sachsen oft schwer. Die absolute
8 Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist nicht grundsätzlich gegen mehr
9 Klimaschutz. **Viele Ältere erinnern sich auch noch an die massiven Umweltprobleme**
10 **der DDR** – das Engagement für Umweltschutz war immerhin auch ein Teil der
11 friedlichen Revolution von 1989. Und die meisten können sich dann auch
12 entsinnen, wie nach der Deutschen Einheit das Gras wieder grün und die Flüsse
13 sauberer wurden. Die Lösung lokaler Umweltprobleme gelang damals vielfach
14 beeindruckend schnell.

15 Aber in den Augen vieler älterer Sachsen wurde der Fortschritt beim heimischen
16 Umweltschutz mit „blühenden Landschaften“ ohne Industrie und ohne Arbeitsplätze
17 erkaufte. **Und die Angst vor einem erneuten Niedergang zum Schutz des globalen**
18 **Klimas sitzt heutzutage verständlicherweise bei vielen tief.** Gerade auch in

19 Regionen, die schwer durch die Nachwendezeit gelitten haben. Oder in Industrien,
20 die den letzten 30 Jahren mühsam in Sachsen wiederaufgebaut wurden. Beispielfhaft
21 steht hier die sächsische Automobilindustrie mit über 100.000 Arbeitsplätzen.

22 **Eine Politik, die neue Impulse für den Klimaschutz setzt, muss diesmal anders**
23 **vorgehen.** Die SPD hat hier vier zentrale Rollen:

24 **1. Der Klimaschutz muss umfassend und dauerhaft sein:**

25 Die SPD hat eine große Tradition als Umweltschutz- und Klimapartei. Im
26 Gründungsaufwurf der SDP 1989 wurde als Ziel „eine ökologisch orientierte soziale
27 Demokratie“ gefordert, um „den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung
28 von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu
29 gewährleisten.“ Die SPD-Politiker Erhard Eppler und Hermann Scheer waren
30 Wegbereiter der Umweltbewegung und der Energiewende.

31 Atomausstieg, Erneuerbare-Energie-Gesetz, Pariser Klimaabkommen und
32 Kohleausstieg: Die jüngere Geschichte der Klima- und Umweltpolitik in
33 Deutschland zeigt, **dass dauerhaft wirksame, umwälzende Reformen stets unter der**
34 **Ägide von SPD-Kanzlern oder Umweltministerinnen vorangebracht wurden.**
35 Deutschland ist als erstes hochindustrialisiertes Land auf dem Weg in das
36 Zeitalter der vollständigen Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen. Alle
37 Weichen dafür hat die SPD in Regierungsverantwortung gestellt.

38 **Dennoch wurde das Thema Klimaschutz zwischenzeitlich von anderen Themen überdeckt**
39 **und in den Großen Koalitionen ausgebremst.** Es ist Zeit, dies zu korrigieren und
40 den Beitrag der SPD für eine Politik im Einklang mit den klimapolitischen
41 Realitäten wieder stärker voranzubringen.

42 Mit dem Klimapaket, das im vergangenen Jahr beschlossen wurde, haben wir bereits
43 ein **großes Investitionspaket zur Förderung klimafreundlicher Technologien**
44 geschnürt. Kohlekraftwerke oder Ölheizungen gehören nicht dazu. In diesem Jahr
45 gehen die ersten schmutzigen Kraftwerke vom Netz – so wie es die Kohlekommission
46 empfohlen hat. In Zukunft streben wir an, ökologisch sinnvolle Großreformen
47 nachhaltig, rechtssicher und im Wege des gesellschaftlichen Dialogs umzusetzen.
48 Dazu gehört für uns auch der Abbau klimaschädlicher Subventionen.

49 **2. Es ist die SPD, die den Menschen Sicherheit im ökologischen Strukturwandel**
50 **geben kann.**

51 Wir stehen vor großen Veränderungen in unserem Land. **Doch wenn wir die Menschen**
52 **solchen Veränderungen aussetzen, müssen wir dafür sorgen, dass sie keine Angst**

53 **haben, die Verlierer in diesem ökologischen Strukturwandel zu sein.**

54 Mit bis zu 40 Milliarden Euro unterstützt der Bund die Lausitz, das
55 Mitteldeutsche und das Rheinische Revier auf ihrem Weg in die neue Zeit. Es gibt
56 ein Anpassungsgeld für die Beschäftigten. Darüber hinaus unterstützen wir die
57 Automobilindustrie und ihre Zulieferer bei der Umstellung auf klimafreundliche
58 Antriebe und fördern Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

59 **Wir brauchen eine Politik, die Arbeit für die Zukunft schafft. Uns ist klar:**
60 **wenn der Klimaschutz auf Kosten von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen**
61 **geschieht, ohne den Leuten eine Perspektive anzubieten, dann werden viele**
62 **Menschen Parteien wählen, die nur Arbeitsplätze erhalten wollen, aber den**
63 **Klimaschutz vernachlässigen.** Daher müssen wir auch über das „Recht auf Arbeit“
64 in Deutschland diskutieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die ökologische
65 Modernisierung den Standort Deutschland stärkt, neue und gut bezahlte Arbeit
66 schafft und auch in der Zukunft für ein gutes Leben sorgt.

67 Schließlich wird von vielen unterschätzt, wie wichtig die grundsätzliche Reform
68 des Sozialstaates ist. **Wir brauchen einen „neuen Sozialstaat“, der die Menschen**
69 **in Zeiten von Digitalisierung und Klimaschutz vor einem sozialen Absturz**
70 **schützt, Lebensleistungen anerkennt.** Dafür braucht es ein neues Band der
71 Solidarität, welches das ganze Leben in diesen radikalen Wandlungsprozessen
72 umspannt.

73 Die CDU versucht hingegen das politisch berechnende Bild zu zeichnen, für die
74 Leute würde sich kaum etwas verändern. Das ist fatal: Notwendige Reformen des
75 Sozialstaates wie aktuell beim SGB II werden genauso verhindert wie eine
76 ehrliche Debatte über Klimaschutz.

77 **3. Die SPD steht für massive Investitionen in Innovationen der Zukunft**

78 Wir als SPD hatten und haben die Rolle, den Klimaschutz mit modernen
79 Technologien auch dann voranzutreiben, wenn sich deren Einsatz am Anfang noch
80 nicht rechnet. Wir brauchen ein neues Zusammenspiel von wirtschaftlichem und
81 staatlichem Handeln. **Die Zeit des verwaltenden Staates auf Sicht ist vorbei,**
82 **ebenso ein auf schnellen Gewinnen basiertes Wirtschaftsmodell, das die Kosten**
83 **permanent auf Menschen und Umwelt abwälzt.** Wenn wir die ökologische und digitale
84 Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zum Gewinn aller gerecht
85 gestalten wollen, brauchen wir einen **zukunftsorientierten Staat.** Als
86 öffentlichen Auftraggeber, der Innovationen marktfähig macht. Als strategischen
87 Investor, der Potenziale entfesselt.

88 Als SPD auf Bundesebene haben wir die Konjunkturprogramme gegen die Corona-Krise
89 auf die Ziele des europäischen „Green Deals“ und der Nachhaltigkeit
90 ausgerichtet. Damit bereiten wir den Weg für den Ausstieg aus dem fossilen
91 Zeitalter und den Einstieg in eine klimafreundliche Zukunft: mit
92 milliardenschweren Investitionen in Busse und Bahnen, in Elektromobilität, in
93 klimaneutrale Gebäude und Städte, mit der Förderung von Solar- und Windanlagen,
94 modernen Heizungen und grünem Wasserstoff. **Wir haben mit dem Klimaschutzprogramm
95 2030 das größte Investitionsprogramm für die ökologische Modernisierung unseres
96 Landes geschnürt, das es je gab. Über 54 Milliarden Euro haben wir zur Verfügung
97 gestellt.**

98 **Wir brauchen auch in Sachsen eine Investitions- und Innovations-Offensive, um
99 den Klimaschutz im Freistaat voranzubringen und neue Arbeitsplätze zu
100 schaffen. Wir haben Vertrauen in unsere sächsischen Ingenieur*innen,
101 Projektierer*innen und Anlagenbauer*innen, dass uns dieser Umbau gelingt.**

102 Und dies ist dringend nötig: Denn wir **stehen bei den Klimaschutztechnologien in
103 einem harten internationalen und nationalen Wettbewerb.** Wir dürfen hier nicht
104 den Anschluss verlieren. Investitionen in Klimaschutz bedeuten eben auch
105 Investitionen in die Arbeit der Zukunft. Diese Investitionen sind Voraussetzung
106 für den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftskraft, insbesondere
107 für die exportorientierte sächsische Industrie.

108 Mangelnde Investitionen oder gar Kürzungen untergraben hingegen die
109 Unterstützung der Bevölkerung für den Klimaschutz: **Denn die Leute lehnen es zu
110 Recht ab, dass ihnen allein als Person die Verantwortung für den Klimaschutz
111 zugeschoben wird.** Nicht jeder und jede kann sich ein teures Elektroauto leisten,
112 sondern benötigt einen kostengünstigen und klimafreundlichen öffentlichen
113 Nahverkehr. Wir müssen deshalb massiv in den Ausbau des ÖPNV, erneuerbare
114 Energien und in eine Lade-Infrastruktur investieren. **Es sollte nicht darum
115 gehen, Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben. Die
116 klimaneutrale Alternative muss die einfachere sein.** Dabei spielen digitale
117 Lösungen, wie etwa ein bundesweit einheitliches digitales Bezahl- und
118 Ticketsystem, für den öffentlichen Nahverkehr eine zentrale Rolle. . Nicht
119 anders geht es der Wirtschaft: Solange Unternehmen mit fossilen Energieträgern
120 Milliarden Gewinne machen, fehlen ihnen die marktwirtschaftlichen Anreize, an
121 ihrem Geschäftsmodell grundlegend etwas zu ändern.

122 **4. Wir müssen dafür sorgen, dass der Klimaschutz gerecht abläuft.**

123 Klimaschutz, der unsere Lebensgrundlagen wirksam schützt, wird den Menschen
124 massive Veränderungen abverlangen. Die meisten Menschen sind bereit ihren
125 Beitrag zu leisten, wenn sie sehen, dass es beim Klimaschutz gerecht zugeht und

126 sie im **Gegenzug verbindliche Sicherheiten erhalten.**

127 Die **Kosten für Klimaschutzmaßnahmen müssen nach dem Verursacherprinzip verteilt**
128 **und getragen werden.** Wir sorgen dafür, dass sie auch **einkommensgerecht** erfolgen.

129 **Ökologisch notwendige Reformen werden Mobilität, Energie, Lebensmittel oder**
130 **Wohnen teurer machen. Wer aber nur den allgemeinen Verbrauch verteuert, schließt**
131 **Einkommensschwächere vom Konsum aus, während Wohlhabende die Verteuerung kaum**
132 **spüren. Dies ist besonders ungerecht, weil Haushalte mit schmalen Geldbeutel**
133 **einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben als viele besserverdienende**
134 **Haushalte.**

135 Die SPD steht für einen **gerechten Übergang in eine klimaneutrale Zukunft** in
136 zweifacher Hinsicht. **Wir wollen erstens neue Perspektiven für die Beschäftigten**
137 **der Branchen schaffen,** deren Jobs absehbar keine Zukunft mehr haben in einer
138 klimaneutralen Wirtschaft. **Sie erwarten keine Almosen, sondern Chancen um ihre**
139 **Know-How in die Transformation dieser Gesellschaft einzubringen. Die**
140 **Strukturwandelregionen sollen Zukunftsregionen werden.**

141 Daneben achten wir zweites darauf, dass **höhere Kosten** für ökologische Produkte
142 und Dienstleistungen **gerecht verteilt werden.** Der soziale Zusammenhalt unserer
143 Gesellschaft darf nicht zum Kollateralschaden einer ökologischen Transformation
144 werden! **Stärkere Schultern können höhere Beiträge zur ökologischen**
145 **Transformation leisten als schwächere. Sie müsse es sogar, wenn die Mission**
146 **erfolgreich sein soll.** Deshalb wollen wir ökologisch begründete Mehrbelastungen
147 möglichst ausgleichen und darüber hinaus die **Arbeitsgesellschaft und den**
148 **Sozialstaat zum Treiber der ökologischen Transformation** machen. Der gerechte
149 Übergang kann nur in einer gerechten Gesellschaft stattfinden.

150 **Diese vier Aufgaben hat die SPD, um dem Klimaschutz einen weiteren**
151 **entscheidenden Impuls zu geben.** Ja, kurzfristig sind wird damit nicht so
152 radikal, wie manche Klimaschutz-Aktivist*innen fordern. **Wir sind aber**
153 **langfristig erfolgreicher, weil wir durch eine solche umfassende und nachhaltige**
154 **Politik gesellschaftliche Akzeptanz fester verankern und weitreichende Maßnahmen**
155 **im Klima- und Umweltschutz möglichst unumkehrbar machen.**

156 Die Grünen sind unsere Partner*innen, um Mehrheiten zu organisieren und eine
157 sozial-ökologische Wende einzuleiten. Doch die grüne Kampagne hat ihre blinden
158 Flecken. Grüne Klimapolitik muss man sich leisten können. Auf Bundesebene werden
159 von den Grünen gerade hehre Ziele formuliert, in der Praxis schwarz-grüner
160 Koalitionen werden diese Ideale kaum eingelöst. Sozialdemokratische Forderungen
161 nach massiven Investitionen in Klimaschutz werden auf Länderebene aus

162 fiskalischen Gründen abgelehnt. Im Zweifel zeigen zwar schwarz-grüne Regierungen
163 eine stärkere Betonung des Ökologischen, die Unterstützung der Beschäftigten und
164 kleinen Einkommen fällt dann aber unter den Tisch. Die CDU setzt dabei meist
165 allein auf den Markt und zu wenig auf den Staat beim Klimaschutz. Und gerade die
166 CDU-Ost lehnt Maßnahmen für mehr Klimaschutz aus Angst vor der AfD ab. Angst ist
167 aber ein schlechter Ratgeber für die Zukunft.

168 **MEHR KLIMASCHUTZ IN SACHSEN**

169 Wir bekennen uns zum Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf 1,5
170 Grad zu begrenzen. Dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Aus
171 diesem Grund werden wir uns auch auf Landesebene dafür einsetzen, dieses Ziel
172 gesetzlich zu verankern und in regelmäßigem Turnus die Maßnahmen zur
173 Zielerreichung zu überprüfen.

174 Weil der Klimawandel die wichtigste Herausforderung für die Zukunft unseres
175 Landes ist, sollte er als **Staatsziel in die Sächsische Verfassung** aufgenommen
176 werden, um ihn ausdrücklich als verfassungsrechtliche Aufgabe von Staat,
177 Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts zu verankern.

178 **Die Staatsregierung soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen**, ihre
179 Veranstaltungen nachhaltig planen und umsetzen sowie den Anteil von
180 Elektrofahrzeugen im Landes-Fuhrpark und die Anzahl der Ladesäulen an Landes-
181 Liegenschaften deutlich erhöhen.

182 In Sachsen ist es eine vordringliche **Aufgabe der Staatsregierung die nötigen**
183 **Voraussetzungen zu schaffen, um von den im Konjunkturpaket bereitgestellten**
184 **Mitteln des Bundes partizipieren zu können.**

185 Auch deshalb war der erste Vorschlag des CDU-Finanzministers zum Doppelhaushalt
186 2021/22 ein Problem: dieser hätte etwa massive Kürzungen öffentlicher Mittel für
187 Busse, Bahnen und Straßen für die nächsten beiden Jahre bedeutet.

188 Durch die Verhandlungen mit CDU und Grünen haben wir einiges erreicht: **wir**
189 **können uns im ÖPNV und im Regionalverkehr auf die Stärkung des Netzausbaus im**
190 **ländlichen Raum konzentrieren. Das Plus- und Taktbus-Netz bauen wir weiter aus.**
191 **Das Azubi- und Freizeitticket runden wir mit einem Bildungsticket ab. Wir werden**
192 **die Anschaffung von neuen Bussen und Bahnen fördern und so die sächsische**
193 **Schienen- und Fahrzeugindustrie stärken.**

194 Doch weitere Investitionen, das Verkehrsnetz klimafreundlicher auszubauen,
195 drohen ausgebremst zu werden. Wir plädieren weiter für die Bildung eines

196 Sondervermögens **FONDS "SACHSEN 2050"** neben dem regulären Haushalt. Als
197 Startkapital werden Kreditmittel im Umfang von mindestens **2,5 Milliarden Euro**
198 eingelegt, die langfristige Tilgung wird durch die Zuführung von
199 Haushaltsüberschüssen gesichert. Mit diesem „Fonds Sachsen 2050“ wird
200 sichergestellt, dass **wirtschaftliche Stabilität** und **soziale Sicherheit** erhalten
201 werden sowie unser **Land nicht abgehängt** und in seine **Zukunft investiert** wird.
202 Als Zukunftsinvestitionen gelten insbesondere investive Maßnahmen...

203 • zum **klimafreundlichen Umbau des Verkehrsnetzes** (v.a. Angebotserweiterung
204 und Stärkung im Öffentlichen Personen- und im schienengebundenen
205 Güterverkehr sowie im Radverkehr)

206 • zum **ökologischen Umbau von Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft**

207 • zum Ausbau alternativer Energieträger wie Wasserstoff und welche einen
208 klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung vorantreiben.

209 • zum Ausbau von **Kommunikationsnetzen im Zuge der Digitalisierung**
210 (Breitband, 5G u.ä.). Digitalisierung ist zwar auch ein Treiber für den
211 Verbrauch von Energie. Doch Digitalisierung kann auch genutzt werden, um
212 Mobilität und Verkehrsflüsse oder auch Saatgut- und Düngemiteleinsetz zu
213 optimieren und auf diese Weise ökologisch nachhaltig zu gestalten.

214 **JETZT IN KLIMASCHUTZTECHNOLOGIEN INVESTIEREN UND NACHHALTIGE ARBEITSPLÄTZE** 215 **SCHAFFEN**

216 Wir haben gerade **massive Chancen für die sächsische Industrie**, einen
217 nachweisbaren „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern zu erreichen, der
218 Sachsen und auch andere Teile Ostdeutschlands von anderen Regionen positiv
219 abhebt. Wir wollen das Know-how und die Technologien, die wir hier bereits in
220 Sachsen haben, ausbauen, nutzen und damit Export-Chancen generieren – auch für
221 den Erhalt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

222 **Wenn wir also langfristig zukunftsfähige Arbeitsplätze haben wollen, dann müssen**
223 **wir immer industrielle Entwicklung und Klimaschutz gemeinsam denken. Denn in**
224 **dieser Kombination liegt letztlich die Zukunft. Zum einen haben wir in Sachsen**
225 **in bestimmten Technologien wie der Elektrolyse eine international führende**
226 **Position und zum anderen werden sich die Industriebetriebe zukünftig ihre**
227 **Fertigungsstandorte dort aufbauen, wo sie die Möglichkeit haben, emissionsarm zu**
228 **produzieren.** Die Ansiedlung von Tesla in Brandenburg sowie des
229 Batterieherstellers CATL in Thüringen sowie die Planungen für eine Anlage zur
230 Direktreduktion von Eisenerz mittels Off-Shore Windenergie an der Nordseeküste

231 sind prominente Beispiele für eine solche Entwicklung.

232 **Um diese Potentiale auch nachhaltig heben zu können, müssen wir bereits heute**
233 **unsere Ausbauziele für die erneuerbare Energieerzeugung nach oben korrigieren.**
234 Gemäß der Agora Energiestudie „Klimaneutrales Deutschland“ (Version 1.1,
235 November 2020) müssen wir von einer **Stromverbrauchssteigerung von mindestens 61%**
236 **ausgehen.** Für Sachsen bedeutet dies, ein klimaneutrales Sachsen wird einen
237 Stromverbrauch von mindestens 35,5 TWh pro Jahr haben. **Um diesen Stromverbrauch**
238 **decken zu können, müssten bei einem gleichgewichteten Einsatz von PV- und**
239 **Windenergie mindestens 20,1 GWP an Leistung zugebaut werden.** Um auch zukünftig
240 ein Energieland zu bleiben und Zukunftstechnologien wie grünen Wasserstoff zu
241 fördern, setzen wir uns **für erleichterte und flexiblere Regelungen beim**
242 **Repowering von Windenergieanlagen sowie einen zusätzlichen Leistungsausbau im**
243 **Bereich Photovoltaik und Windenergie ein.** Um diese Entwicklung auch nachhaltig
244 zu begleiten, muss zusätzlich eine jährliche Überprüfung durch die
245 Staatsregierung erfolgen. Dies beinhaltet die Prüfung des gesamten
246 Energiebedarfs sowie der Deckung des Energiebedarfs durch erneuerbaren
247 Energieträger. Nur so haben wir die Möglichkeit, Arbeitsplätze und
248 Zukunftstechnologien in Sachsen zu halten und unsere Potenziale weiter
249 auszubauen.

250 **Die sächsische Automobilindustrie ist bundesweiter Vorreiter bei der Nutzung**
251 **alternativer Antriebe. Sachsen ist Hauptland der Elektromobilität.** Diese
252 Entscheidung der Autohersteller hat das SPD-geführte Wirtschaftsministerium
253 begleitet und unterstützt. Mit Hilfe einer besser ausgebauten Ladeinfrastruktur
254 und Kaufanreizen für öffentliche und private Käufer*innen soll der Marktanteil
255 alternativ angetriebener Fahrzeuge in den nächsten Jahren deutlich steigen. Wir
256 unterstützen diese Politik von Bund und Land. Gleichzeitig unterstützen wir den
257 Ausbau der Erneuerbaren Energien, um das Klimaschutzpotenzial der
258 Elektromobilität zu vergrößern. Denn nur mit grünem Strom wird die E-Mobilität
259 auch zum Klimaschutztreiber.

260 **Wir werden weiter die Ansiedlung und die Schaffung neuer und nachhaltiger**
261 **Arbeitsplätze in den Branchen Elektrolyse und Erneuerbare Energien begleiten und**
262 **unterstützen.** Sachsen hat eine lange Tradition als Energieland, Teile der
263 Solarindustrie kommen derzeit wieder nach Deutschland und auch Sachsen zurück.
264 Und auch etliche Projektierer*innen im Bereich Windenergie haben ihren Sitz in
265 Sachsen. **Diese gilt es zu stärken und im Land zu halten, damit uns nicht erneut**
266 **eine Abwanderung des Know hows ins Ausland, wie im Photovoltaik-Bereich nach**
267 **China oder anderswo droht.**

268 Eine wichtige aktuelle Aufgabe besteht darin, die bereits entwickelten Anlagen
269 und Komponenten wie z.B. die Elektrolyse-Stacks in großen Stückzahlen zu

270 fertigen. Bei diesen Aufgaben werden die Kompetenzen der Mitarbeiter benötigt,
271 die zum Teil heute in der Automobilzulieferindustrie beschäftigt sind und deren
272 Arbeitsplätze auf Grund der Umstellung auf die Elektromobilität nicht erhalten
273 werden können. Der Strukturwandel in der sächsischen Industrie muss durch
274 Umschulungen und Weiterbildungen aktiv mitgestaltet werden, um die Potentiale
275 für die Menschen im Land optimal zu nutzen.

276 Gerade die Werksarbeiter in der Produktion erwarten zu Recht von uns, dass wir
277 ihnen eine Perspektive in der zukünftigen Arbeitswelt aufzeigen. Wenn wir heute
278 nicht in die Zukunftstechnologien investieren, sind wir später gezwungen, diese
279 zu importieren und müssen dann eine noch höhere Arbeitslosigkeit fürchten. Wir
280 müssen deutlich stärker sichtbar machen, dass es vor allem die gut ausgebildeten
281 Techniker und Facharbeiter in Sachsen sind, die gerade auch in den Firmen des
282 Maschinen- und Anlagenbaus die Entwicklungsergebnisse der angewandten Forschung
283 in marktreife Produkte umsetzen. Nur mit Wissenschaftlern allein wird die
284 Umsetzung der Energiewende nicht gelingen.

285 Die hiesige Stahlindustrie bleibt ebenfalls ein wichtiger Pfeiler des
286 Industriestandortes Sachsen. Mit einer Elektrostahlproduktion und damit einer
287 klimafreundlichen Stahlwirtschaft könnte Sachsen relativ schnell zu einem
288 wichtigen Standort für grüne und nachhaltige Stahlproduktion werden. Hierzu ist
289 jedoch der Ausbau der erneuerbaren Energien zur Bereitstellung von grünem Strom
290 voranzubringen. Neben den großen Industriebetrieben müssen wir gerade in den
291 Bereichen der innovativen Technologien und beim Einsatz der erneuerbaren
292 Energien auch die kleinen Betriebe und Ausgründungen begleiten und unterstützen,
293 denn die großen kapitalkräftigen Firmen haben ihre zentrale Entwicklung in der
294 Regel nicht in Sachsen.

295 **UMSETZUNG DER NATIONALEN WASSERSTOFFSTRATEGIE IN SACHSEN - VORAUSSETZUNGEN JETZT** 296 **SCHAFFEN**

297 Wir brauchen gerade im Bereich der Wasserstoffwirtschaft heute den Mut,
298 konsequent in die neuen grünen Technologien zu investieren, damit spätere
299 Generationen nicht einen deutlich höheren Preis bezahlen müssen, der sich aus
300 unserer Untätigkeit und Unentschlossenheit ergibt.

301 Der Einsatz von Wasserstoff kann einen wichtigen Beitrag bei der
302 Sektorenkopplung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und beim Aufbau neuer
303 Wertschöpfungsketten leisten. Dazu brauchen wir eine sächsische Wasserstoff-
304 Strategie, die vor allem auf grünen Wasserstoff setzt. Das reformierte
305 Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das im Bundestag beschlossen wurde, bietet die
306 Chance für einen Schritt nach vorne, obwohl nicht alle Ziele umgesetzt werden
307 konnten und für die Erreichung des Pariser Klimaschutzabkommens der Ausbau der

308 erneuerbaren Energien, insbesondere auch in Sachsen, noch unzureichend ist.

309 **Die Befreiung von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage ist bereits ein**
310 **wichtiger erster Baustein, den wir begrüßen. Wir setzen uns weiterhin für eine**
311 **klare rechtliche Definition von grünem Wasserstoff ein.**

312 Solange grüner Wasserstoff knapp ist, sollte er bevorzugt dort angewendet
313 werden, wo der Effizienzgrad hoch ist und keine oder nur schlechte Alternativen
314 zur Dekarbonisierung bestehen. Das sind zuerst die energieintensiven bzw.
315 Grundstoffindustrien sowie der Nutz- und Schwerlastverkehr und der Bahnsektor.

316 Wir werden die bereits vorhandenen Stärken in Sachsen wie z.B. bei der Erzeugung
317 und Nutzung von grünem Wasserstoff stärken und weiter ausbauen, um in diesem
318 Bereich nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. **Dazu zählt**
319 **auch die Investition in Leuchtturmprojekte mit nationaler Sichtbarkeit.**

320 **Dies kann im Bereich der Mobilität in den Bereichen ÖPNV, Schwerlast- und**
321 **Flugverkehr geschehen, denn Sachsen verfügt über einmalige Kompetenzen im**
322 **Bereich des Anlagenbaus sowie in der Forschung und Entwicklung.** Damit können
323 auch große Modellprojekte (z.B. zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe für
324 den Flug- und Schwerlastverkehr) neben den Projekten zum Einsatz von Strom und
325 Wasserstoff im ÖPNV realisiert werden. Da Sachsen vor allem im Bereich des
326 Schwerlastverkehrs ein Transitland mit hohem Verkehrsaufkommen ist, besteht
327 gerade hier ein dringender Handlungsbedarf und die Möglichkeit eine
328 Wertschöpfung zu schaffen. **Der starke Fokus auf PKW bei der Entwicklung greift**
329 **zu kurz und stellt keine Gesamtlösung dar.** Hier sollte die sächsische
330 Zulieferindustrie eigene Schwerpunkte setzen und sich auf Zukunftsfelder
331 konzentrieren, die noch nicht so stark besetzt sind. Zudem ist in diesem Bereich
332 die Konkurrenz durch den rein elektrischen Antrieb wenig bis weniger gar nicht
333 gegeben. Mit den Kompetenzen im Bereich der Brennstoffzellen- und der
334 Fahrzeugentwicklung können auch bei der Entwicklung der LKW wichtige Beiträge
335 geleistet und Arbeitsplätze geschaffen werden.

336 Grundsätzlich ist im Bereich der Mobilität in allen Fällen, wo es technisch und
337 wirtschaftlich möglich ist, der direkt-elektrische Antrieb aufgrund des höheren
338 Wirkungsgrades zu bevorzugen.

339 Damit die von den Bundesministerien für den Einstieg in die Wasserwirtschaft zur
340 Verfügung gestellten Mittel von sieben Mrd. Euro zu einer nachhaltigen
341 Entwicklung der Wirtschaft in Sachsen beitragen, gilt es bei allen Investitionen
342 in Infrastrukturprojekte den Fertigstellungs- und den Nutzungszeitraum zu
343 bedenken. **Mit einer hohen Priorität sollten jene Vorhaben vorangetrieben werden,**

344 **die auch in einem zukünftigen CO₂-freien Energiesystem nutzbar sind. Daher ist**
345 **auch im Bereich der Gasversorgung der Einsatz von grünem Wasserstoff für**
346 **dezentrale Anwendungen der Vorrang einzuräumen.**

347 Die **Verfügbarkeit von sauberem Wasser** ist eine wesentliche Grundvoraussetzung
348 für die Elektrolyse, die nicht an jedem Standort gewährleistet ist. **Auch hierzu**
349 **gibt es in Sachsen innovative Ansätze zur Bereitstellung der erforderlichen**
350 **Wassermengen** (u.a. auch aus den Tagebauwässern in den Strukturwandelregionen).

351 **Nicht zuletzt ist es für die Akzeptanz einer Wasserstoffstrategie in Sachsen**
352 **dringend nötig, die Situation im ÖPNV und im Regionalverkehr deutlich zu**
353 **verbessern. Auch hier kann neben dem Einsatz von Elektrobussen der**
354 **Wasserstoffantrieb von Bussen in Verbindung mit einer regionalen dezentralen**
355 **Erzeugung des benötigten Wasserstoffs Impulse setzen.** Hier sollte der Freistaat
356 unbedingt die vorhandenen Förderprogramme nutzen, damit alle Menschen auch im
357 ländlichen Raum einen besseren Zugang zu einer emissionsarmen Mobilität
358 erhalten. Auch hier sollten die sächsischen Firmen beim Bau und dem Betrieb der
359 Busse eine wichtige Rolle spielen und die Firmen qualifiziert werden, was vor
360 allem auch die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte einschließt.

361 **AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN IN SACHSEN NICHT VERZÖGERN!**

362 **Unser Ziel ist klar: Eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien**
363 **deutlich vor dem Jahr 2050. Wir wollen eine bezahlbare Versorgung mit**
364 **erneuerbarer Energie für alle. Die Kosten dafür müssen fair verteilt werden.**
365 Verlässliche und stabile Rahmenbedingungen für private Verbraucher*Innen und
366 Unternehmen unterstützen die notwendigen Investitionen.

367 Um die Ausbauziele zu erreichen, muss der Zubau von Wind- und Sonnenenergie
368 deshalb erheblich beschleunigt werden, schon allein aufgrund des steigenden
369 Strombedarfs in der energieintensiven Industrie, im Verkehr, beim Heizen und der
370 übergreifenden Digitalisierung.

371 Der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energien muss einhergehen mit einer
372 **langfristigen Absicherung einer zuverlässigen Stromversorgung.** Hierzu sind
373 national und international grenzüberschreitende Konzepte unter Einbeziehung
374 einer **effizienten Speicherstrategie** erforderlich. Sachsen sollte sich dabei
375 aktiv in den Roadmap-Prozess für eine klimaneutrale nationale und europäische
376 Strategie zur Gestaltung der Strom- und Gasnetze einbringen.

377 Wir unterstützen daher die Überlegungen der SPD auf Bundesebene, **einen**
378 **Zukunftspakt Erneuerbare Energien zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu**

379 **schmieden, um das klimapolitisch Notwendige mit dem regional Möglichen**
380 **abzugleichen.** Ein solcher Pakt legt Ausbaupflichten fest, begründet
381 Unterstützungsinstrumente und schafft ein Monitoringsystem, das den Ausbau
382 transparent macht.

383 **Zudem wollen wir den Weiterbetrieb von Solar- und Windkraftanlagen nach Auslauf**
384 **der Förderung erreichen.** Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht die Fortschreibung
385 des sächsischen Energie- und Klimaprogramms mit einem zusätzlichen Ausbau von 10
386 Terrawattstunden (TWh) Jahreserzeugung aus erneuerbaren Energien (EE) bis 2030
387 vor. Bis 2024 soll das Zubau-Zwischenziel von 4 TWh erreicht werden. Der
388 Hauptteil der Jahreserzeugung soll durch die Windenergie gewonnen werden. **Der**
389 **Windausbau über Nutzwald darf kein Tabu mehr sein, wenn die Ziele im**
390 **Windkraftzubau erreicht werden sollen.**

391 Derzeit wird der Ausbau der erneuerbaren Energien hauptsächlich über den
392 Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne gesteuert. **Das Instrument der**
393 **Regionalplanung zur Steuerung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, mit dem**
394 **Ziel des Klimaschutzes, verfehlt jedoch leider sein Ziel,** da die Fortschreibung
395 dieser Pläne teilweise über 10 Jahre in Anspruch nimmt. **Folglich würde jede**
396 **Maßnahme erst deutlich zu spät Berücksichtigung finden.** Um einen stetigen Zubau
397 von erneuerbarer Energie sowie eine zeitgemäße Anpassung an aktuelle
398 Entwicklungen im Energiesektor zu gewährleisten, **müssen Energiethemen in den**
399 **regionalen Planungsregionen mindestens in einem regelmäßigen 5 Jahres-Turnus, in**
400 **Form von sog. Energieteilplänen (inkl. Windenergie, Solarenergie, Bioenergie,**
401 **Wasserkraft und Geothermie) fortgeschrieben werden.** In diesem Turnus ist der
402 zeitliche Aufwand für die Neuaufstellung der Regionalpläne bereits inkludiert,
403 sodass aller 5 Jahre ein neuer gültiger Regionalplan vorliegen sollte.

404 Um zusätzlich den Ausbau weiter zu beschleunigen, setzen wir uns dafür ein, dass
405 Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie (mit der Wirkung von
406 Eignungsgebieten) auch keine Ausschlusswirkung mehr für die Windenergienutzung
407 mit raumbedeutsamen Anlagen außerhalb dieser Vorranggebiete erzeugen.

408 **Der Anteil der für die Windenergienutzung ausgewiesenen Landes- und**
409 **Gemeindeflächen sollte gegenüber dem Ist-Zustand (0,2 Prozent der Landesfläche**
410 **Sachsens) deutlich erhöht werden.** Dafür setzen wir uns für eine
411 **rechtsverbindlich geregelte Flächenausweisung (ohne restriktive Kriterien wie**
412 **Höhenbegrenzungen) auf Bundes- und Landesebene ein und prüfen auch eine**
413 **Abweichung von der Konzentration von Windenergieanlagen in Vorranggebieten.**
414 Zusätzlich setzen wir uns für eine Nutzung der Windenergie auf
415 Kalamitätsflächen, Waldflächen mit geringem naturschutzfachlichen Wert
416 (Monokultur-Nutzwälder) und in Wäldern mit überwiegend klimagestressten
417 Baumbeständen (Kiefer, Fichte) ein. **Im Gegenzug hierfür soll die Windenergie**

418 **einen Beitrag in der Wiederaufforstung unserer Wälder leisten. Dies soll**
419 **sichergestellt werden, in dem die durch Windenergie in Anspruch genommenen**
420 **Flächen in anderen Bereichen wieder aufgeforstet werden und mit den Einnahmen**
421 **durch die Windenergie der Umbau unserer Klimagestressten Wälder zu biodiversen**
422 **Mischwäldern gegenfinanziert wird.** Zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
423 sollten die immissionsschutzrechtlichen Verfahren in der Landesdirektion
424 angesiedelt werden. Hierfür muss selbstverständlich die personelle Ausstattung
425 der Landesdirektion ausgebaut werden.

426 Neben der Windenergie wird auch die Rolle der Solarenergie immer weiter an
427 Bedeutung gewinnen. **Wo der Ausbau von Photovoltaik im urbanen Raum immer mehr an**
428 **Fahrt aufnimmt, wird er zurzeit im ländlichen Raum zunehmend ausgebremst.**

429 Wir wollen uns für eine Regelung auf Landesebene einsetzen, **welche die**
430 **Koexistenz von nachhaltiger Energieerzeugung durch Photovoltaikanlagen und**
431 **landwirtschaftliche Bewirtschaftung auf einer Fläche ermöglicht.** Im gleichen Zug
432 soll die Umsetzung von **Freiflächenphotovoltaik auch auf landwirtschaftlich**
433 **bewirtschafteten Flächen gefördert werden und planungsrechtliche Hemmnisse ab-**
434 **statt aufgebaut** werden. Zusätzlich setzen wir uns für ein realistisches
435 Flächenziel für Photovoltaik auf Freiflächen (Grün- und Ackerflächen) ein.

436 Von einer Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung der Solarenergie ist
437 abzusehen, da diese keine Steuerungswirkung entfaltet (getestet in der
438 Planungsregion Oberes Elbtal/ Osterzgebirge) und die Gemeinden so in ihrer
439 eigenen Planungsfreiheit eingeschränkt würden. **Eine mit der Gemeinde realisierte**
440 **Freiflächenphotovoltaikanlage führt hierbei meist zu einer weitaus höheren**
441 **Akzeptanz vor Ort, als durch eine Anlage, welche durch die Regionalplanung**
442 **„aufgezwungen“ wird.** Zusätzlich soll die Doppelnutzung von
443 Freiflächenphotovoltaik für Landwirte geöffnet werden (Bsp.:
444 Freilandhühnerhaltung und Photovoltaikanlagen; Greening-Fläche und
445 Photovoltaikanlage). Um die Akzeptanz in der Landwirtschaft zu erhöhen, setzen
446 wir uns des Weiteren dafür ein, dass die Flächen der PV-Anlagen nach dem Abbau
447 der Anlagen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden können, ohne
448 dass ein regelmäßiges Umbrechen des Boden stattfindet.

449 **Neben der konventionellen Freiflächenphotovoltaik bieten zukünftig große**
450 **Ausbaupotenziale auch Floating-PV („Schwimmende Photovoltaik“ auf Seen etc.)**
451 **sowie Agro-PV-Anlagen, die durch Stelzensysteme eine gleichzeitige Energie- und**
452 **Lebensmittelernte ermöglichen.** So ist Agro-PV beispielsweise aktuell die einzige
453 Solartechnologie, welche eine Doppelnutzung der landwirtschaftlichen Flächen mit
454 konventionellen Mähdrusch-Kulturen (bspw. Weizen, Roggen) und Solarenergie
455 ermöglicht.

456 Derzeit sind jedoch weder Agro-Photovoltaik-Anlagen noch Floating-PV-Anlagen
457 gegenüber anderen Freiflächen-PV-Anlagen wirtschaftlich konkurrenzfähig. Sachsen
458 muss daher diese neuen Techniken fördern und sich auf Bundesebene für jeweils
459 eigenständige Ausschreibungsrunden einsetzen. Des Weiteren ist eine
460 Privilegierung von Agro-PV durch eine Änderung des § 35 BauGB bzw. der
461 sächsischen Bauordnung zu erarbeiten.

462 Die Schaffung der **planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung von Flächen**
463 **für EE-Vorhaben für Windkraft-Vorhaben auf regionalplanerischer und für PV-**
464 **Vorhaben auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung** ist wesentliche Voraussetzung
465 für eine sächsische Energiewende und somit eng mit der Chance auf regionale
466 Wertschöpfung verbunden. Voraussetzung ist ein Mindestmaß an gesellschaftlicher
467 Akzeptanz und regional- und kommunalpolitischem Willen in den Regionen, die
468 Beteiligung und Teilhabe erfordern.

469 **Wo Anlagen für erneuerbare Energien entstehen, müssen die Leute vor Ort also**
470 **profitieren! Finanziell verbindliche Beteiligungsoptionen wie es sie in**
471 **Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg schon gibt, müssen auch in Sachsen**
472 **umgesetzt werden. Über die faire Beteiligung der Umlandgemeinden hinaus muss es**
473 **Möglichkeiten geben, dass Anwohner*innen im Umfeld der Anlagen unabhängig vom**
474 **Stromanbieter durch vergünstigte Anwohner-Stromtarife profitieren. Das ist**
475 **gerecht und schafft Akzeptanz. Generell ist eine hohe Akzeptanz nur dann zu**
476 **erreichen, wenn nicht nur rein finanzielle Leistungsangebote geschaffen**
477 **werden, sondern auch Mitentscheidungen der Bürger*innen möglich sind.**

478 **KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE IM GEBÄUDESEKTOR JETZT SOZIAL GERECHT VORANBRINGEN!**
479

480 Neben der Energiewirtschaft und den Sektoren Mobilität und Industrie trägt auch
481 der Gebäudesektor in großem Umfang zu den CO₂-Emissionen in Sachsen bei.
482 Betrachtet man den Energiebedarf für einen privaten Haushalt so stellt die
483 Wärmebereitstellung den größten Anteil dar. **Während es für Hauseigentümer mit**
484 **Vergleichsweise hohem Einkommen die Möglichkeit gibt, sich eine CO₂-arme**
485 **Energieversorgung wie z.B. über eine Wärmepumpe oder Photovoltaik zu leisten,**
486 **ist dies für den Mieter in einem Mietshaus nicht möglich.** Daher sollten bei der
487 Reduzierung der CO₂-Emissionen im Gebäudesektor und der Einbindung in das
488 Stromnetz drei große Bereiche bedacht werden, wozu im Folgenden

- 489 • Die öffentlichen Gebäude (wie Schulen und Rathäuser)
- 490 • Die großen Mietshäuser sowie

491 • Ein- und Mehrfamilienhäuser

492 gezählt werden.

493 Damit der Klimaschutz in allen Bereichen möglich wird, wollen wir **eine**
494 **Abschaffung der EEG-Umlage bis Mitte der 2020er Jahre. Der Ausbau der**
495 **Erneuerbaren soll dann über die Einnahmen aus dem CO₂-Preis, eine Erhöhung der**
496 **Stromsteuer und den Abbau von klimaschädlichen Subventionen gegenfinanziert**
497 **werden.** Damit werden Eigenstrom und Mieterstrom deutlich günstiger.

498 Die Mehrzahl der Menschen wohnt in Mietwohnungen und möchte sich auch an einer
499 klimafreundlichen und damit CO₂-armen Energieversorgung beteiligen. **Hierzu sind**
500 **die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern und die Option des**
501 **Mieterstroms voran zu bringen,** was durch Förderungen bei den noch oder wieder im
502 kommunalen Besitz befindlichen Wohnungen geschehen soll. **Zudem kann der selbst**
503 **erzeugte Strom den Mietern auch zum Laden ihrer e-Autos oder anderer e-Fahrzeuge**
504 **(Roller, Pedelecs, etc.) bereitgestellt werden.** Wir unterstützen eine
505 gesetzliche Regelung auf Bundesebene, um Wohnungsunternehmen, die Strom an ihre
506 Mieter veräußern, nicht zusätzlich mit Gewerbesteuern belastet werden.

507 **Bei allen öffentlichen Gebäuden in Sachsen wollen wir neben einer CO₂-armen**
508 **Wärmebereitstellung auf allen geeigneten Dachflächen die Installation von**
509 **Photovoltaikanlagen umsetzen.** Damit sollen die Kommunen und das Land eine
510 Vorbild- und Vorreiterfunktion im Bereich der erneuerbaren Energien einnehmen.
511 Hierfür sollten Fördermittel des Bundes und landeseigene Mittel eingesetzt
512 werden.

513 Dazu wollen wir, dass **bei allen Investitionsentscheidungen von**
514 **Landesliegenschaften oder Landesanstalten sowie öffentlichen Gebäuden ein CO₂-**
515 **Schattenpreis (Berechnung nach social cost oder social value Methode) in der**
516 **Kalkulation berücksichtigt wird.**

517 **Bei allen Neubauten (vor allem auch bei der öffentlichen Hand**
518 **(Landesliegenschaften, Landesanstalten, Schulen, Verwaltung etc.)) sollte**
519 **zukünftig eine Installation von Photovoltaikanlagen verpflichtend vorgesehen**
520 **werden.** Das Ziel dabei sollte immer eine 100 Prozent Energieversorgung des
521 Eigenbedarfs sein. Für den aktuellen Gebäudebestand ist eine Nachrüstung (im
522 gleichen Maße) zu prüfen und innerhalb der nächsten 15 Jahre zu realisieren.

523 Alle Maßnahmen sind durch entsprechende Landesregelungen voranzubringen.

524 **Insgesamt muss es sozialdemokratisches Ziel sein, CO₂-armes und bezahlbares**

525 **Wohnen für alle Menschen zu ermöglichen, sowohl bei Neubauwohnungen als auch im**
526 **Altbestand.** Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften sind dazu verpflichtet,
527 ihren Beitrag zu leisten, dies ist allein schon aus der im Grundgesetz
528 verankerten Forderung „Eigentum verpflichtet“ direkt abzuleiten. Für eine
529 schnelle Umsetzung sollte für den privaten Immobiliensektor eine
530 Photovoltaikausbau- sowie Energiespeicherförderung aufgesetzt werden.

531 **Um das tatsächlichen Potenzial für Photovoltaikdachanlagen zu ermitteln, ist ein**
532 **Dachkataster zu erarbeiten.** Mit Hilfe des Dachkatasters muss anschließend ein
533 Modernisierungsprogramm für Photovoltaikanlagen erarbeitet werden. In der
534 Zwischenzeit muss die sächsische Bauordnung dahingehend geändert werden, dass
535 bei Neubauten (jeglicher Art) die Installation einer Photovoltaikanlage
536 verpflichtend ist. Als Auslegungsgrundlage soll hierbei der jährliche
537 Energieverbrauch des Neubaus bzw. im Fall von energieintensiven Einrichtungen
538 die Dachfläche Anwendung finden.

539 **MEHR KLIMASCHUTZ MIT NEUEM SOZIALSTAAT UND EINER GERECHTEN GESELLSCHAFT**

540 **Sozialdemokratischer Klimaschutz verteilt die finanziellen Lasten höherer**
541 **Umweltstandards und Energiepreise gerecht.** Für eine verursachungsgerechte
542 Verteilung der Kosten ist es erforderlich einen CO2-Preis einzuführen, der sich
543 an den Folgekosten orientiert, die durch den Klimawandel verursacht werden, und
544 auch eine lenkende Wirkung erzielt. Im Gegenzug zur schrittweisen Erhöhung des
545 CO2-Preises wollen wir in den 2020er Jahren die EEG-Umlage abschmelzen und die
546 Förderung des EE-Ausbaus vollständig über den europäischen und nationalen
547 Emissionshandel finanzieren.

548 **Je mehr die EEG-Umlage durch die Verteuerung fossiler Brennstoffe über einen**
549 **CO2-Preis ersetzt wird, desto stärker sinkt der Strompreis,** während v.a. Heizen
550 und fossiler Verkehr teurer werden. Die Belastung verschiebt sich stärker aus
551 dem Unternehmenssektor zu den Privathaushalten. **U.a. werden stromintensive**
552 **Unternehmen davon profitieren, während Mieter*innen unsanierter Wohnungen oder**
553 **Fernpendler*innen mehr zahlen müssen.**

554 **Es wäre ökologisch unsinnig und ungerecht, wenn gerade sie jetzt die**
555 **Leidtragenden wären.** Deshalb setzen wir uns **erstens** dafür ein, **Entlastungen**
556 **sektorspezifisch in den Bereichen Wohnen und Verkehr** zu schaffen. So
557 unterstützen wir die Forderung der Bundes-SPD nach einer **sozial gerechten**
558 **Aufteilung der CO2-Kosten zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen, denn**
559 **Mieter*innen können und sollen die Erhöhung der Heizkosten nicht allein**
560 **schultern!** Weil gerade einkommensschwächere Haushalte ihre Wärmeversorgung nicht
561 kurzfristig anders organisieren können, muss **zweitens** auch **das Wohngeld erhöht**
562 **werden.** Und schließlich fordern wir drittens **eine höhere Pendlerpauschale.** Da

563 diese unabhängig vom Verkehrsträger ist, bliebe der Anreiz für ökologische
564 Verkehrsalternativen bestehen, ohne dass Pendler*innen und Menschen in den
565 ländlichen Räumen pauschal durch eine CO₂-Bepreisung benachteiligt würden.

566 Die gerechteste Lösung um die steigenden Kosten durch die ökologischen
567 Transformation abzufedern wäre **viertens** eine **Klimaprämie**. **Dabei zahlt der Staat**
568 **die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung pro Kopf zurück, für jede und jeden in**
569 **gleicher Höhe. Erwachsene werden ebenso berücksichtigt wie Kinder.** Diese
570 Maßnahme hat einen positiven Effekt auf die Einkommensverteilung, **weil Menschen**
571 **mit niedrigem Einkommen die gleiche Prämie erhalten wie solche mit hohem**
572 **Einkommen. Die Prämie macht es gleichzeitig attraktiver, klimafreundliche**
573 **Entscheidungen zu treffen.** Sie ist außerdem verhältnismäßig leicht zu
574 administrieren und macht deutlich sichtbar, dass der Preis für CO₂ an die Umwelt
575 geht, und nicht in die Staatskasse. **Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein,**
576 **dass eine Klimaprämie bei steigendem CO₂-Preis eingeführt wird.**

577 Um den Klimaschutz wirklich voranzubringen, brauchen wir **fünftens** eine
578 **Neukonzeption des Sozialstaates**. Mit unserer Idee des "Neuen Sozialstaats"
579 formulieren wir den Anspruch, **anders als Hartz IV im stattfindenden**
580 **Strukturwandel Abstiegsängsten entgegenzuwirken und neue Aufstiege zu**
581 **ermöglichen.** Denn viele Menschen treibt die Sorge vor sozialem Abstieg bei
582 Verlust des Arbeitsplatzes um, wenn wir Klimaschutzmaßnahmen vorantreiben. Sie
583 befürchten dann ganz konkret, bereits nach einem Jahr gleichgestellt zu werden
584 mit Menschen, die lange nicht oder gar nicht gearbeitet haben. **Dass Arbeit und**
585 **längere Beitragszeiten hier oft keinen Unterschied machen, wird als zutiefst**
586 **ungerecht empfunden, und das ist es auch.**

587 Wir brauchen mehr Sicherheit und die Zuversicht, dass es gut wird. Nicht nur
588 eine Politik der Angst. Politik und Wirtschaft müssen den Menschen Sicherheit
589 geben, dass sie vor den Veränderungen keine Angst haben müssen – weder im Alltag
590 noch im Job. **Wir können dabei kein Versprechen geben, dass die Person die**
591 **nächsten 40 Jahre Komponenten eines Dieselmotors zusammenbaut, aber unser**
592 **Versprechen ist schon, dass wir alles versuchen, dass er oder sie eine**
593 **gleichwertige gute Beschäftigung bekommt.** Deshalb wollen wir Arbeit für alle
594 ermöglichen und ein **Recht auf Arbeit** statt eines bedingungslosen Grundeinkommens
595 schaffen. **Wer arbeiten will und kann, soll ein Angebot auf Arbeit, Ausbildung**
596 **oder Qualifikation erhalten. Zu keiner Zeit im Erwerbsleben sollen die Menschen**
597 **allein gelassen werden. Denn uns wird die Arbeit nicht ausgehen, aber sie wird**
598 **sich in vielen Bereichen fundamental verändern.** Wir müssen die Menschen
599 unterstützen, sich Schritt für Schritt auf die Veränderungen einzulassen und sie
600 zu bewältigen.

601 **Wer dennoch seine Arbeit verliert und nach drei Monaten noch keinen neuen Job**

602 **gefunden hat, erhält einen Anspruch auf eine gezielte Weiterbildungsmaßnahme und**
603 **soll auf Vorschlag der SPD durch das Arbeitslosengeld für Qualifikation (ALG Q)**
604 **unterstützt werden.** Eine Weiterbildung mit ALG Q kann bis zu 24 Monate lang in
605 Anspruch genommen werden. Somit steigen die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu
606 finden.

607 Die Idee eines neuen Sozialstaats beinhaltet zudem, dass alle, **die viele Jahre**
608 **in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, einen längeren Anspruch auf**
609 **Arbeitslosengeld I haben.** Wir wollen Menschen diese Sorgen nehmen und sie dabei
610 unterstützen, sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren zu können. Deswegen
611 werden wir bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen, für zwei Jahre
612 Vermögen und die Wohnungsgröße nicht überprüfen. Wir wollen auch den Schutz von
613 selbst genutztem Wohneigentum ausweiten und eine entsprechende Regelung für
614 Mieter schaffen. Niemand, der auf den Bezug des Bürgergelds angewiesen ist, soll
615 in dieser Zeit seine Wohnung verlassen müssen.

616 **Insgesamt gilt es dabei, über die Folgen von Klimaschutzmaßnahmen hinaus zu**
617 **schauen:** Wenn die Warm-Miete durch höhere Strompreise steigt, Straßenbahntickets
618 und Lebensmittel teurer werden, dann darf nicht nur die gerechte Gestaltung der
619 Klimaschutzmaßnahmen in den Blick genommen werden. Die Stellschrauben liegen
620 daher auch **sechstens** in einer gesamt ökologisch-sozialen Wende: **Für die**
621 **Beschäftigten müssen wir auf Bundesebene perspektivisch einen Mindestlohn von 12**
622 **Euro einführen und Tariflöhne stärken, damit sich auch Menschen mit kleinen**
623 **Einkommen bessere Lebensmittel leisten können. Wir brauchen Maßnahmen, damit die**
624 **Mieten nicht weiter ansteigen oder sogar wieder sinken sowie Veränderungen bei**
625 **Wohngeld, um ggf. teurere Strompreise zu kompensieren.** Wohnen muss als ein
626 öffentliches Gut begriffen werden, das nicht allein dem privaten Markt
627 überlassen bleiben darf.

628 Schließlich müssen wir auch die Frage stellen, **wie sich die großen Vermögen am**
629 **Klimaschutz beteiligen:** Es kann nicht sein, dass bei Krisen immer nur der Faktor
630 Arbeit belastet wird, während die sehr hohen Vermögen wenig zum Klimaschutz
631 beitragen, in sogar ausbremsen oder sich an den Kosten beteiligen, vielleicht
632 sogar auf Kosten von Menschen mit kleinen Einkommen durch Klimaschutz einseitig
633 bereichern. **Es braucht daher gerade bei Klimaschutzmaßnahmen eine Rückkehr des**
634 **Gemeinwohls und eine Stärkung des Gemeinwohls in der Fläche.**